

AZ - 29.06.1995

Gegen eine gesteuerte Retention

Nackenheimer Gemeinderat verabschiedet Erklärung zu Polderplänen des Landes

m/wbl. NACKENHEIM — In einer gemeinsamen Erklärung melden die Gemeinden Bodenheim und Nackenheim Bedenken gegen das Raumordnungsverfahren zur geplanten Ausweisung von Retentionsräumen im Unterfeld bis zum Laubenheimer Ried an. Was Nackenheim mit dem kleinen Zipfel des Angelweihers betreffe, erklärte Bürgermeister Kraus in jüngster Ratsitzung, müsse man sich fragen, ob dieser Aufwand dort überhaupt wirtschaftlich vertretbar sei. Die ursprünglich vorgesehene ungesteuerte Retention sei mittlerweile in eine gesteuerte geändert worden. Kraus bezweifelte, ob die Siedlungsgebiete vor einem damit einhergehenden Druckwasser überhaupt geschützt werden können.

Eine Veränderungssperre für diese Gebiete sei abzulehnen, weil dort bereits eine Bauleitplanung bestehe. Auch gegen eine Überflutung des Autobahnzubringers votierten die beiden Rheinfrontgemeinden ge-

meinsam, weil bei Hochwasser die Nackenheimer Umgehung überflutet würde und dann der gesamte Verkehr durch die Ortsstraßen fließen müßte, was zu katastrophalen Verkehrsverhältnissen führe. Zudem fehle es an klaren Aussagen, wie die Landwirtschaft nach gesteuerten Überschwemmungen entschädigt werden soll. Auch der Bauern- und Winzerverein werde Bedenken anmelden, fügte Heinz-Peter Zimmermann (FWG) hinzu.

Über eine Verbesserung des Hochwasserschutzes für die Bevölkerung am Mittelrhein seien sich doch alle einig, bemerkte Heinz Hassemer (CDU). Deshalb solle auch nicht gleich der „Sankt Florian“ ins Fenster gestellt werden. Doch bleibe unverständlich, warum nicht vorhandene große Flächen anderenorts genutzt würden.

Die BLN lehne gesteuerte Polder ab, erklärte Kathrin Greisl. Vielmehr solle das Land bei der ungesteuerten Retention bleiben und die

benötigten Flächen aufkaufen. Dann könne eine Auenlandschaft mit hohem Naherholungswert entstehen. Der gemeinsamen Erklärung versagte die BLN ihre Stimmen.

Zwar schaffte es die SPD-Fraktion mit ihren vier Stimmen nicht, den Tagesordnungspunkt „Baulandumlegung Sprunk II“ aus dem nichtöffentlichen in den öffentlichen Teil der Ratssitzung zu heben. Aber Bürgermeister Kraus erklärte gegenüber der AZ noch einmal, daß alle Ratsfraktionen zu der Angelegenheit umfassend informiert worden seien.

Kraus stellte „leider“ fest, daß die SPD mit ihren „Beleidigungen und Schlägen unter der Gürtellinie“ nach einer „kurzen Periode der sachlichen Mitarbeit“ zur Polemik umgeschwenkt sei. Das Ortsobershaupt forderte die Sozialdemokraten dazu auf, im Interesse der Gemeinde wieder zu einer vernünftigen Mitarbeit zurückzukehren.